

Apothekenwirtschaftsbericht: Umsatzrendite sinkt auf neues Tief

Berlin, 5. Mai 2026 – Die Umsatzrendite einer durchschnittlichen Apotheke ist auf ein neues Tief gesunken. Im Jahr 2025 machte das steuerliche Betriebsergebnis einer durchschnittlichen Apotheke nur 4,2 Prozent ihres Netto-Umsatzes in Höhe von 4,00 Millionen Euro aus. Im Jahr davor (2024) waren es noch 4,4 Prozent gewesen, zehn Jahre zuvor (2015) sogar 6,5 Prozent. Ein Drittel aller Apotheken (33 Prozent) muss sogar mit einer akuten Gefährdung ihrer langfristigen Stabilität rechnen, da das Betriebsergebnis 2025 vor Steuern, Altersvorsorge und Investitionen unter 100.000 Euro pro Jahr liegt – das ist das Niveau der Brutto-Lohnkosten für einen angestellten Krankenhausapotheker ohne Leitungsfunktion. Sieben Prozent aller Apotheken machten im Jahr 2025 sogar Verluste. Diese und weitere Zahlen sind im Apothekenwirtschaftsbericht 2026 enthalten, der heute in Berlin auf dem Wirtschaftsforum des Deutschen Apothekerverbandes (DAV) präsentiert und diskutiert wird. Mit 16.541 Betriebsstätten hat die Zahl der Apotheken zudem am Ende des ersten Quartals 2026 einen neuen Tiefstand seit fast 50 Jahren erreicht.

„Für eine gute Versorgung brauchen wir starke Apotheken. Und für starke Apotheken brauchen wir wirtschaftliche Stabilität, verlässliche politische Rahmenbedingungen und die heilberufliche Weiterentwicklung“, sagt DAV-Vorsitzender Dr. Hans-Peter Hubmann in seinem Politischen Lagebericht: „Schauen wir auf die Apotheken, dann ergibt sich ein alarmierendes Bild. Jede Apotheke, die schließen muss, ist ein Verlust von freiberuflicher Existenz, von wohnortnahen Arbeitsplätzen vornehmlich für Frauen und fehlende Versorgung vor Ort für die Menschen. Die Ursache liegt klar auf der Hand – die seit Jahren andauernde chronische Unterfinanzierung der Apotheken. Das Fixum wurde seit 2013 nicht angehoben. Das Apothekenhonorar muss endlich an die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Land angepasst werden. Dies hat zum Glück auch die jetzige Regierung erkannt.“ Hubmann sagt jedoch auch: „Das, was wir momentan erleben, ist alles andere als verlässliche Politik – und trägt maßgeblich zur Politikverdrossenheit in diesem Land bei. Denn trotz aller Beteuerungen und Ankündigungen liegt immer noch kein Änderungsentwurf für die Arzneimittelpreisverordnung vor, in dem die Anpassung des Fixums auf 9,50 Euro zeitlich fixiert festgelegt ist. Einzige Voraussetzung dafür ist der politische Wille, dies zu tun! Daher fordern wir unmissverständlich die Erhöhung des Fixums auf 9,50 Euro spätestens zum 1. Juli 2026!“.

Mehr Informationen unter www.abda.de und www.dav-wirtschaftsforum.de

Ansprechpartner:

Benjamin Rohrer, Pressesprecher, 030 40004-132, presse@abda.de
Christian Splett, Stv. Pressesprecher, 030 40004-137, c.splett@abda.de

ABDA – Bundesvereinigung
Deutscher Apothekerverbände e.V.

Heidestr. 7
10557 Berlin

Telefon 030 40004-132
E-Mail presse@abda.de
Web www.abda.de